

Hamburgische Arbeiter-Zeitung
ersch. 1 Mal wöchentlich
Sonntags u. nach Feiertagen
nicht. Preis 10 Pfennig.
26. — A., vertriebslos frei
ins Haus.
Für Abnehmer 24. — A.
Redaktion:
Hohelstraße 11, I. Stod.
Verantwortlicher Redakteur:
Hans Scharf, Hamburg.
Vertrieb:
Hohelstraße 11, I. Stod.
Hohelstraße 11, I. Stod.
Hohelstraße 11, I. Stod.
Hohelstraße 11, I. Stod.

Hamburger Echo

Erhalten die erhaltenen
Vollzüge 10. 50 A.
unter Vorbehalt der „Ge-
schäftlichen Handlung“.
Kontostamm u. Stammler-
ausgaben 10. 50 A.
Kleine Anzeigen 10. 50 Pfennig
die Zeile 8. 75 A.
Anzeigen in Hamburg
ersch. 1 Mal wöchentlich
Sonntags u. nach Feiertagen
nicht. Preis 10 Pfennig.
26. — A., vertriebslos frei
ins Haus.
Für Abnehmer 24. — A.
Redaktion:
Hohelstraße 11, I. Stod.
Verantwortlicher Redakteur:
Hans Scharf, Hamburg.
Vertrieb:
Hohelstraße 11, I. Stod.
Hohelstraße 11, I. Stod.
Hohelstraße 11, I. Stod.

Neue Situation in der Reparationsfrage.

Die Wiedergutmachung.

Der bekannte Führer der belgischen Arbeiterpartei, Genosse Vandervelde, antwortet im Brüsseler „Eclair“ auf die Angriffe der bürgerlichen Presse wegen der Haltung der belgischen Sozialisten auf der internationalen Konferenz in Frankfurt. Genosse Vandervelde, der als belgischer Minister an den Verhandlungen über den Vertrag von Versailles direkt beteiligt war, stellt mit historischer und wirtschaftlicher Klarheit das Reparationsproblem in sein richtiges Licht. Wir geben ihm hiermit das Wort.

Die berühmten 14 Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918 haben keine andere Entschädigung vor, die Deutschland aufzuerlegen war, als die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete. Aber in dem Brief vom 5. November 1918 erklärten Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson, daß unter diesen Worten zu verstehen sei „die Wiedergutmachung aller Schäden, die der Zivilbevölkerung und ihrem Vermögen durch den deutschen Angriff zugefügt wurden.“

Unter dem Einfluß der englischen Regierung, die die Wahlen vorbereitete, schlug man in Versailles vor, auch die Kriegspensionen zu Lasten Deutschlands zu legen. Der General Smiths übernahm es, nachzuweisen, daß die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete nicht nur die Wiedergutmachung der Schäden bedeutet, die den Zivilpersonen zugefügt wurden, sondern daß diese Schäden der Zivilpersonen die — Kriegspensionen enthalten, da ein demobilisierter Soldat ein Zivilist sei! Trotz Keynes, der es vorzog, zu demissionieren, und der amerikanischen Delegation, die bis zum Schluß protestierte, nahm schließlich der Präsident Wilson diese Auslegung an!

Unter diesen Umständen ist die deutsche Schuld von der Wiedergutmachungskommission auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt worden — plus 8 Milliarden belgischer, von den Alliierten übernommenen Kriegsschulden (was, nebenbei bemerkt, nicht die Hälfte der Summe ist, die man anfangs fordern wollte).

Es versteht sich von selbst, daß die Zahlung dieser immer noch ungeheuren Summe nur in Jahreszahlungen denkbar ist, die sich auf eine große Anzahl von Jahren verteilen. Die Schaffung dieser Jahresraten ging immer mehr herab, in dem Maße, in dem man angefangen hat, die Tatsachen zugunsten der Alliierten zu klären, die man anfangs gefördert hatte: Lord Curzon in Versailles 28,8 Milliarden, Klotz in der französischen Deputiertenkammer 18 Milliarden, die Reparationskommission im April 1921 8,28 Milliarden, das Abkommen von London (in bar und in Sachleistungen) 4,6 Milliarden Goldmark.

Die Ereignisse haben gezeigt, daß die im Londoner Abkommen vorgesehenen Raten nicht nur die, mindestens gegenwärtige, Zahlungsfähigkeit Deutschlands überschreiten; in dem Maße und in der Form, in der sie gezahlt werden, verursachen sie den Gläubigern selbst eine neue Schädigung. Deutschland hat kein oder fast kein Gold mehr. Seine Sachleistungen sind begrenzt durch die Aufnahmefähigkeit der Empfängerländer. Der Kauf ausländischer Devisen ist unmöglich durch die Überfremdung des internationalen Marktes mit Ereignissen, die die Wertminderung zu konfusen Dumping Preisen zu verkaufen gestattet (was die Engländer „Dumping“ nennen). Daraus ergibt sich zum Beispiel für England, daß alle deutschen Zahlungen nicht ausreichen, um die Verzugszinsen, die Erhöhung des Militärbudgets und die Unterstufungen für die zwei Millionen Arbeitslosen zu decken!

Das hat die englischen Delegierten veranlaßt, gleichzeitig vorzuschlagen: die Annullierung der deutschen auferlegten Zahlung der Pensionen (ungefähr 79 von 139 Milliarden) und der interalliierten Schulden, die sich für England auf 1800 Millionen Pfund Sterling und für die Vereinigten Staaten auf ungefähr 11 Milliarden 84 Millionen Dollar belaufen (zusammen etwa 80 Milliarden Goldmark).

Die Herabsetzung der deutschen Schuldenlast auf ein Maß, das wirklich erträglich ist, würde die internationalen Kreditoperationen erleichtern, die ermöglicht werden, an Frankreich und Belgien die zur Deckung der Reparationslast nötigen Summen sofort zu zahlen. Wenn man dem die dann mögliche Verminderung der Verzugszinsen hinzufügt, das Ende des „Dumping“, das die Zahlung übertriebener Jahresraten Deutschland auferlegt, die Verminderung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen

den Völkern, und wenn man mit dieser Politik des Friedens und der Barmherzigkeit die Politik vergleicht, die alles mit den Bejonetten glaubt machen zu können, selbst sich darauf zu verlassen, — wahrlich, wir fürchten diesen Vergleich nicht!

Somit Vandervelde. Er hat zweifellos recht, die in Frankfurt vorgeschlagene Lösung des Problems der Wiedergutmachung eine Politik des Friedens und der Barmherzigkeit zu nennen. Aber seine Voraussetzung, der Verzicht Amerikas und Englands auf die Zahlung der interalliierten Schulden, ist weit entfernt, erfüllt zu sein; das beweist die neue Situation in der Reparationsfrage.

Während Amerika nämlich abgelehnt hat, in Genoa an den Fragen des demilitärischen Wiederaufbaus mitzuwirken, da die Reparationsfrage von der Disjunktion ausgeschlossen sei, macht es der Entente andererseits auf jede Weise fühlbar, daß so oder so eine Lenkung in der englischen Behandlung des Problems durch die in Paris tagenden Finanzminister und Mitglieder der Reparationskommission eintreten muß. Die Maßnahmen Amerikas sind wie ein dauerndes den-Finger-auf-die-Wunde-legen, ein ununterbrochener Hinweis: so wie Ihr die Sache anfaßt, kann die Welt nie gesund. So ist es zu verstehen, daß die amerikanische Regierung furchtbar ihren in Paris sitzenden „Beobachter“ Boyden beauftragt hat, die Kosten für das amerikanische Verfassungsgesetz an Rhein im Betrage von nicht weniger als 1020 Millionen Goldmark einzufordern und die sofortige Bezahlung von 240 Millionen Goldmark als Anzahlung zu verlangen. Als Mittel zur Herstellung der deutschen Verpflichtungen ist dann schließlich — wie schon gestern nachmittags mitgeteilt — eine internationale Anleihe ins Auge gefaßt worden.

W.B. meldet unter dem 11. März aus Paris: Die „Zeit Parisis“ teilt mit, daß die Forderung von 2000 auf Erstattung der Kosten für die amerikanische Besatzungsarmee am Schluß der gestrigen Vormittagsberatung der alliierten Finanzminister erfolgt und hat ein Theaterstück gewirkt. Boyden, der bis jetzt nur die Rolle des Beobachters spielte, verlas eine Note. Die von ihm verlangten Kosten seien bis zum 1. März 1921 berechnet. Nach dem „Echo de Paris“ beläuft sich der von Amerika verlangte Betrag einschließlich der Zinsen auf ungefähr 1 Milliarde und 20 Millionen Goldmark.

Die richtige Antwort.

Der zuständige Seite erhalten wir den Wortlaut des von Rapp gestellten Antrages auf freies Geleit und Verhaftung von Untersuchungsgefangenen. Es heißt darin: „Hiermit beantrage ich auf Grund der §§ 117 und 237 der Strafprozessordnung, gegen Stellung einer Sicherheit von 100 000 A. und gegen die Übernahme der Verpflichtung, mich jederzeit zur Verfügung zu stellen, mir freies Geleit und Verhaftung von der Untersuchungshaft unter Wohnanweisung von jeder Durchsuchung meiner Person und meines Reisegepäckes bei Reizeit der deutschen Grenze und während meines Aufenthalts in Deutschland bis zum Aufbruch des Hauptverfahrens, sowie von Beschlagnahme der bei mir geführten Reiseeffekten, Bücher und Schriftstücke im genannten Zeitraum, jedoch unbeschadet der geltenden Bestimmungen, zuzusichern. Zur Empfangnahme von Aufstellungen ist Justizrat Goldbeck in Leipzig bevollmächtigt. Die Entschädigung über meinen Antrag bitte ich der deutschen Gefandtschaft in Stockholm zur Weitergabe an mich mitzutun.“

Dieser Antrag Rapps wurde auf Antrag des Oberreichsanwalts durch Beschluß des Untersuchungsrichters abgelehnt, weil allein die bedingungslose Stellung des Angeklagten als der Sachlage entsprechend erachtet werden kann, im übrigen die Gründe für den Erlass des Haftbefehls festzuhalten.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der gegen Vermees erhobenen Vorwürfe beschloß einstimmig, die Untersuchung auf die neuerlich erhobenen Vorwürfe gegen Vermees, wegen Verletzung des Wagnervertrages an ihn, auszudehnen. Der Minister stimmte diesem Beschluß zu.

Ein Dementi. Die von uns aus der Berliner Presse übernommene Mitteilung über eine Anklage von Silberding und Dr. Herz bei der „Freiheit“ wird von der Hamburger „Tribüne“ auf Nachfrage in Berlin für unrichtig erklärt. Das mag stimmen. Was aber das „Eindringen“ belangt, so ist jede Nummer der „Freiheit“ ein Beweis dagegen.

Folgen der indischen Unruhen. Der Führer der indischen Selbständigkeitsbewegung, Gandhi, wurde von den englischen Behörden verhaftet. Laut „Wall Mall and Globe“ wird der indische König von Kopton, Lord Reading, zurücktreten, vorausgesetzt aber erst nach der Abreise des Prinzen von Wales aus Indien.

250 Kündigungen wegen des Eisenbahnerstreiks.

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums wurde von den hiesigen Angestellten und Beamten im Gebiet der Reichsbahn etwa 250 Beamten das Dienstverhältnis wegen schwerer Verfehlungen beim Streik gelündigt. Außerdem schwebt das förmliche Disziplinarverfahren gegen 840 unklünder Angestellte und Beamte. „Beobachter“ weiß, so heißt es in der Verlautbarung, ist die Zahl der Beamten, die nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung sich schwerer Verfehlungen ihrer Beamtenpflichten schuldig machten, so groß, wie es den obigen Angaben entspricht; andererseits sind die Zahlen geringer, das Maß der von einem Arbeitsheld der Reichsbahn verfehlungen gegen die Reichsbahnverwaltung endgültig zu gestatten. Die Disziplinarverfahren werden, wie der Reichsverkehrsminister von vornherein anordnete, mit größter Beschleunigung durchgeführt.

Weiterführung der Beamtenverhandlungen.

Am Sonnabend vormittag verhandelte der geschäftsführende Ausschuss der Verhandlungskommission der Eisenbahner mit dem Reichsfinanzminister über die Fortführung der Verhandlungen. Die Verhandlungsbeteiligten legten gegen die Ablehnung eines Mitgliedes der Verhandlungskommission nach einmaliger Verhandlung ein. Im Laufe der Verhandlungen wurden verschiedene Vorschläge zur Beilegung des Konflikts gemacht, von denen schließlich einer in der Verhandlungskommission zur Annahme gelangte. Danach werden die weiteren Verhandlungen aus dem Reichsfinanzministerium in die Reichsfinanzkommission verlegt, aber mit Rücksicht auf die Notwendigkeit schneller Erledigung der neuen Verhandlungen über die Beschäftigungsverhältnisse der bereits zu Beginn der Verhandlungen am Freitag von den Geschäftsführern bestimmte zwölf Mitglieder des Ausschusses mit der Weiterführung der Verhandlungen beauftragt. Auf dieser Basis sind die Verhandlungen am Sonnabend nachmittags 3 1/2 Uhr wieder aufgenommen worden. Um 9 Uhr dauerten die Verhandlungen noch fort.

Der „Block der Verunsicherten“.

Der Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie fordert in einer Rundschreiben an die „Verunsicherten“. Dieser Block kommt der von den Deutschen nationalsozialistischen Einheitsfront gleich und wird damit begründet, daß Deutschland unrettbar verloren ist, wenn es nicht gelingt, alle Kräfte des deutschen Wirtschaftslebens in positiver Leistung zusammenzufassen. Innerhalb dieses Blocks wird auch verlangt, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten des Tages erkennen. „Geschicht des nicht“, so heißt es zum Schluß, „so wird die ungeheure Not der Zeit dazu führen, daß die deutsche Wirtschaft über die Parteien hinweg sich eigenen Boden sucht.“

Das Verhalten der deutschen Wirtschaftskreise geht schon lange dahin, sich alle Macht anzueignen. Neu an dem Rundschreiben des Hansabundes ist nur die Drohung, eventuell eigene Wege zu gehen. Jedenfalls wird die Sozialdemokratie mit einer Verwirklichung in der wirksamsten Weise entgegenzuwirken.

Doch ein bayerischer Ordnungsbund?

Die heutigen Münchner Pressestimmen lassen den Schluss zu, daß die Gefahr des Wiedereintritts der Deutschen nationalsozialistischen Partei in die bayerische Regierung keineswegs beseitigt ist. Die „Staatszeitung“ behauptet den Absbruch der Koalitionsverhandlungen und fordert neuerdings den Zusammenbruch einer bürgerlichen und „wahrhaft sozialerhaltenden“ Koalition. Das Blatt schreibt: „Wir hoffen auch jetzt noch, daß die Fäden zwischen den Parteien wieder geknüpft werden, die unermüdet gestreift sind.“ Auch die Organe der bayerischen Volkspartei aller Richtungen stellen sich auf den Standpunkt der Erneuerung der Koalition zwischen Deutschen nationalsozialistischen und unter „Ausführung“ der Demokratie. Der „Münchener Anzeiger“ glaubt, die Demokraten hätten mit ihrer Forderung eines dümmen Streich gemacht, der ihnen noch teurer zu stehen kommen werde. Noch deutlicher wird der „Bayerische Kurier“. Der bezeichnet die schwere Erschütterung der Koalition als eine Folge des unklugen und unrichtigen Vorgehens der Demokraten. Selbstverständlich fordern die sozialdemokratischen Organe „Münchener neuesten Nachrichten“ und „Frankfurter Kurier“ die baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen unter diesen Umständen. — Man kann daher mit der baldigen Wiederaufnahme neuer Verhandlungen über die Erweiterung der Koalition rechnen.

Alliierte Warnung vor Annexion an Polen.

Die Befehle Italiens, Frankreichs und Englands erschienen gestern beim Minister des Auswärtigen, um namens ihrer Regierung die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung dahin zu lenken, daß der Beschluß der Angliederung von Wilna durch den polnischen Sejm in Form einer Annexion den schärfsten Eindruck hervorbringen würde. Der Minister erklärte, daß er die Mitteilung mit dem Bemerkten zur Kenntnis, daß er sie den maßgebenden Stellen bekanntgeben würde.

Aussperrung in England. Die Wälder glauben, daß von der Aussperrung in der Metallindustrie insgesamt eine Million Arbeiter betroffen werden.

Preussischer Landtag.

(Telephonischer Bericht.)
118. Sitzung.
Sonnabend, 11. März, vormittags 11 Uhr.

Ein Antrag der Deutschen Volkspartei auf Vereinfachung weiterer Mittel für die Regelung der Godwinstraße, Reichs- und Vorortverhältnisse an der oberen und mittleren Oder wird dem Hauptauschuss überwiesen.

Die Sozialisierung von Handwerk und Gewerbe.

Christiane (N.S.P.) spricht sich gegen den Antrag aus. König-Weihenfels (A.) verlangt baldige Verlegung des Kommunalverwaltungsgebiets. Meyer-Mein (S.D.): Wir haben nichts dagegen, daß der Antrag dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen wird. Wir haben auch nichts dagegen, wenn dem Handwerk geholfen wird, aber wir fürchten, daß im Ausschuss nicht viel dabei herauskommen wird. Es muß nicht gegen die beiden ersten Punkte des Antrages werden. Wir können uns nicht gegen jede Sozialisierung aussprechen; auch läßt sich die Gewerbesteuer nicht als besondere Kategorie ändern. Das Großkapital hat das Handwerk! zurückgebrängt, ein Gesetz ändert daran nichts. Lieber die gesetzliche Regelung des Berufswesens läßt sich nicht. Gegen die Ausbeutung der Kleinbetriebe können wir uns nicht allgemein aussprechen. Wir fordern nicht eine Sozialisierung des Handwerks, sondern bei den Köpfen, den Bergeleuten, beim Kauf und bei den Monopolbetrieben. Wir sind dafür, dem Handwerkerstand zu helfen, aber keine Privilegien! (Beifall bei den S.D.)

Der Antrag geht an den Ausschuss für Handel und Gewerbe. Darauf berät das Haus den Antrag Leid (N.S.P.) auf Aushebung des Gebietes des Wohlfahrtsministeriums über die Neuordnung der Regelung der Anwesenheitsverhältnisse. In Verbindung mit dem Antrag von (S.D.) über die Neuordnung der Regelung und die Aushebung der Ausschüsse des Reichsstatistikbundes. Das (N.S.P.): Das Statistisches Bundesamt hat die Anwesenheitsverhältnisse geändert, soll nach einem Gutachten des Reichsjustizministeriums auf Angehörige keine Anwendung finden. Die Anwendung von Kreuzzug ist danach rechtskräftig.

Schulz (S.D.) begründet den sozialdemokratischen Antrag. Kein Staat beobachtet die Bestimmungen des Statistisches Bundesamt. Nach dem Statistisches Bundesamt dürfen die Anwesenheitsverhältnisse angeheften keine höheren Gehälter beziehen als die Reichsbeamten. Dagegen werden den Anwesenheitsverhältnissen anfanglich zugebilligt, die Beamten und Angestellten nach ihrem eigenen Gutdünken in die vom Reichsstatistikgesetz festgelegten Gruppen einzureihen. Den Oberverwaltungsämtern wurde es zur Aufgabe gemacht, darauf zu achten, daß die Vorschriften des Statistisches Bundesamt nicht überschritten wurden. Daraufhin hat der Hauptverband der Anwesenheitsverhältnisse einen Reichsstatistik aufgestellt, in dem er für die einzelnen Beamten und Angestellten die Gehaltsgruppe festsetzte. Damit war nun wiederum das Wohlfahrtsministerium nicht einverstanden, und somit nahm man den Anwesenheitsverhältnisse übernahm dieses Recht. Die Anwendung des Statistisches Bundesamt auf die Anwesenheitsverhältnisse und Beamten ist ein Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Diese Verordnung ist ein Ausnahmegericht gegen die Anwesenheitsverhältnisse. Dingu kommt, daß einige Oberverwaltungsämter und Verordnungsämter die Fähigkeit der Anwesenheitsverhältnisse zu erkennen, daß sie ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen sind. Viele Anwesenheitsverhältnisse sind heute infolge der befristeten Schichten nicht mehr, rechtzeitig ihre Jahresabrechnung zu machen. Größtenteils liegt das am Wohlfahrtsministerium. Der Schreiber der Gehaltsämter im Wohlfahrtsministerium muß endlich aufhören, sonst gehen die Anwesenheitsverhältnisse zugrunde. (Beifall bei den S.D.)

Regierungskommissar v. Wedder: Den Anwesenheitsverhältnisse sieht das Selbstverwaltungsbereich nur zu innerhalb der Bestimmungen der Reichsstatistikordnung. Wenn die Oberverwaltungsämter nicht zufriedenstellend gearbeitet haben, so liegen die Schwierigkeiten auf falschem Gebiet. Die Verordnung wird vor dem neu zu errichtenden Landesstatistikamt geprüft werden. Alle Anträge werden dem Hauptauschuss überwiesen.

Die Hungersnot in Rußland.

Dr. Meier, Ostpreußen (A.) begründet den Antrag. Danach sollen 20 Millionen Mark zur Linderung der durch eine Naturkatastrophe hervorgerufenen Hungersnot in Rußland der russischen sozialistischen Föderativ-Sozialrepublik zur Verfügung gestellt werden, ohne irgendwelche Bedingungen daran zu knüpfen. Die Mittel sollen durch die Erreichung eines großen Absatzes an polnischen für die Schaffung von Arbeitsplätzen der deutschen Gewerkschaften gemacht werden. Die Erreichung der deutschen Gewerkschaften der Seite der Beratung und des Hohnes abgeben. Nicht einmal der „Vorwärts“ hat den Aufruf der Antidemokratischen Gewerkschaften internationale bekanntgegeben. Die deutsche Regierung muß endlich eine ehrliche Politik gegenüber Rußland treiben.

Hamburger Börse am 11. März.

Eine weitere Verflechtung der Devisenkurse trat ein. Vereils gestern nachdrücklich machte sich eine Verflechtung bemerkbar. Bei sehr ruhigen Geschäft blieben die Kurse dann fast unbedeutend aufwärts im die Entwidlung der internationalen Devisen. Die in den letzten Tagen weiter gefallen und hat einen Stand von 4 erreicht.

Hamburger amtliche Notierungen: Holland 9735 (am Freitag 9670) — England 1214 (1114) — New York 2571 (453) — Dänemark 5380 (5380) — Frankreich 23124 (22973).

Für unsere Frauen

Heimarbeiterinnen.

Sind wir nicht auch für die Sonne geboren und müssen im Zimmer der Stuben nähen? Wir haben die Ruhe des Schlafes verloren, im Traume noch heißt es nach Arbeit spähen. Wir haben Kinder und müssen sie geben den kleineren Stuben in Licht und Wärme, so wachst aus unsrem verachteten Leben nur wieder ein schmerzliches Dasein heran.

Wird suchend umher, nicht eine der Schwestern kann einmal befehlen: „Oh glückliches Weib!“ Es ist das Heute für uns wie das Gestern, ein immer gehetzter, gehetzter Leib.

Schwester, ich hab' eine Stunde vernommen von einem Leben in Freiheit und Licht! Schwester, ich glaube der Tag ist gekommen, wo sich zur Sonne hebt unser Gesicht!

Alfons Reholz

Die Landeszentrale Hamburg der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz.

Ob auch in der Öffentlichkeit genügend bekannt ist, welche Missetaten zum Nutzen der Kinder hier geleistet sind? Viele Hamburger haben wohl schon gehört, daß eine große Fürsorgeorganisation besteht, aber es fehlt noch immer an Interesse weckender Artikel, nämlich derer, die nicht selbst mitzugeschrieben sind, aber deshalb um so mehr verpflichtet sein sollten, diese Arbeit zu unterstützen. Eine große Zahl von Fürsorgefrauen, etwa 80, ist in Hamburg tätig. Die heilsamen alle neugeborenen Kinder, unterstützen die Mütter mit Rat und Tat, halten sie an ihre Säuglinge und Kleinkinder in die Beratungsstunde zu bringen, wo die Entwicklung der Kinder sorgfältig beobachtet wird und die Mütter zu vernünftiger Ernährung und Pflege ihrer Kinder angeleitet werden.

werden. Hausbesuche der Fürsorgefrauen unterstützen noch die ärztliche Tätigkeit. Der große Mangel an Säuglingsärztinnen in den letzten Jahrzehnten ist zu einem großen Teil der Fürsorgefähigkeit zu verdanken. Durch die Fürsorgefrauen werden auch alle erkrankten Säuglinge in den von ihnen betreuten Familien herausgeholt und der ärztlichen Untersuchung zugeführt, nach der dann in allen notwendigen Fällen ein Kurs- oder Erziehungsausschuss gemeldet wird. Auch in wirtschaftlicher Not will die Fürsorge helfen eingreifen, und zwar soll ihre Arbeit jetzt ebenso dem Mittelstand wie der Arbeiterbevölkerung zugute kommen. Unter den günstig veränderten Verhältnissen, die uns der Krieg gebracht hat, leidet der Mittelstand ja ganz besonders, und auch aus seinen Reihen sollte keiner sich scheuen, zum Nutzen seiner Kinder Rat und Hilfe der Fürsorgeorganisation zu beantragen.

Wer mochte kommen nun die Mittel, um diese Arbeit zu betreiben? Es ist klar, daß dazu riesige Summen nötig sind, die zu einem Teil der hamburgischen Staat und die Ortstratenlasten bestreiten. Aber trotzdem reichen die Mittel bei weitem nicht aus, und der Verein, an dem die ganze Fürsorgeorganisation herangeht, ist die Hamburgische Landeszentrale der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz, bedarf dringend der privaten Unterstützung seiner Freunde. Und zu den alten Freunden müssen neue gewonnen werden, denn eine solche Arbeit darf nicht nur durch den Staat gefördert werden. Nicht nur als Steuerzahler müssen wir daran beteiligt sein, sondern als persönlich interessierter Menschen. Ihr Eltern, denen geliebte Kinder geschenkt wurden, die im eigenen Heim wohlbehütet heranwachsen dürfen, gedankt der unendlich vielen Kinder, die unter ungünstigeren Bedingungen zur Welt kommen, heißt dazu, daß auch sie zu gesunden Menschen aufwachsen. Und wenn ihr im Sommer Euch und Euren Kindern eine Erholung gönnen könnt, dann denkt, ob ihr nicht ein Scherlein übrig habt, das dazu dienen kann, ein kleines, unermöglichtes Großschifflein aus einer dümpeligen Wohnung für ein paar Wochen in Licht, Luft und Sonne zu bringen. Es wird jetzt so viel vom Wiedereintritt gesprochen, hier wird auch Aufmerksamkeit gewendet, die der weitgehendsten Unterstützung wert ist, gilt sie doch unsern Kindern, unserer Zukunft.

Die praktische Arbeit in der Fürsorge kann nur von erfahrenen Männern und Frauen geleistet werden, aber diese müssen fehlen, doch hinter ihnen ein großer Kreis von Mithelfern steht, die ihnen durch die Verlebung der Arbeit immer neue Mittel zuführen, ihren Mut und ihre Arbeitsfreudigkeit stärken, um den immer größer und dringender werdenden Aufgaben gerecht zu werden. Unersättlich drückt den Verein eine besondere Sorge: Die Zahl der Fürsorgefrauen muß beständig vermehrt werden, und bei der heutigen Wohnungsverhältnisse ist es so oft an Unterbringungs-

möglichkeiten, besonders für solche, die von auswärtig kommen. Die Arbeit ist anstrengend und ermüdend — man besenzt nur, wie viele Tretschritte es täglich zu erledigen gibt — und erfordert viel Sparsamkeit und Frische. Aber die Arbeit ist erhaben, wenn nach der Arbeit ein Austausch und Erleben in einem freundlichen Zusammenhalt möglich ist. Wer kann helfen, Schwestern unterstützen, oder wer unterstützt den Verein, wenn er an die Gründung eines zweiten Schwesternheimes denken will?

Wärdet alle, die jetzt noch in der Lage sind, zu geben und zu helfen, Herz und Hand aufzumachen, um die Fürsorgearbeit an den Kindern zu unterstützen!

Die Geschäftsstelle der Landeszentrale Hamburg der Deutschen Vereinigung für Säuglingschutz und Kleinkinderpflege befindet sich Röhlsdorf 30. Bankkonto: Deutsche Bank, Depotkassen Nr. 1.

Frauen-Vermittlungen und Zusammenkünfte

finden in dieser Woche statt in den Adressen St. Georgs Nord und St. Pauli Nord. Einmal wöchentlich, am Freitag, 18. März, in der Adressen St. Pauli Nord, mit dem im 18. Jahrhundert allgemein üblichen Klavierkonzert versehen, was einer höchst angenehmen Unterhaltung wert ist. Das nächste Klavier wird demnächst ein Organ für lebende Orgelinstrumente und ist keine, wo ein gut behängtes Orchester zur Verfügung steht. Überflüssig. Die Hauptkonzerte werden verbunden sich wieder mit den Sprechern nach mit den Vätern. Wenn Europa das ebenfalls üblichen Konzerte wird so damit dieser beschuldigt werden. Die Sprechern freilich würde zu immerlicher Handlung sein. Die Sprechern von St. Pauli Nord ist ob ihrer großzügigen Abhaltung und eines sehr geschickten Streicherorchesters ein höchst wertvoller Austausch. Wenn diese Konzerte nicht ein wenig nach jener Art schlägt, die mit dem Klang der Orgel mitterweile in Beruf gekommen ist. Die wertvolle Gabe des Abends muß aufpassen die Gewerkschaften Duesenstraße 10, wenig be-

Kunst, Wissenschaft und Leben.

Konzert der akademischen Orchestervereinigungen. Ein gangbar bracht das Orchester in Hamburg noch nie gehörtes Werk von Haydn, die Symphonie in D-Dur Op. 81 (mit dem Programm: Au dem Anland) vom Sonntag, den 12. März, programmatische Musik, welche Wert heute der Kunst, als hohe erlebbar. Ziel und Zweck der Veranstaltung ist es, die Aufmerksamkeit der Hamburger auf die Kunst zu lenken, die in der Musik zu finden ist. Die Orchestervereinigungen sind ein sehr wertvolles Instrument, das die Aufmerksamkeit der Hamburger auf die Kunst zu lenken, die in der Musik zu finden ist. Die Orchestervereinigungen sind ein sehr wertvolles Instrument, das die Aufmerksamkeit der Hamburger auf die Kunst zu lenken, die in der Musik zu finden ist.

kannt und doch wegen des strahlenden Baues und ihrer ausdrucksvollen Themen und Instrumentierung den häufiger a spielen Werken des Meisters erblüht. Die Ausführung durch das Orchester wird von der besten Interpretation, die auf ein Musikinstrument über den Charakter angewiesen ist, nicht erwartet. Es muß aber zur Anerkennung des Trüben gelangt werden, daß er in feiner Arbeit sein Orchester ganz bewundern über das Niveau ähnlicher Institutionen hinauszuheben vermocht hat, und das will schon etwas heißen. Die langsame Zeitweise wurde fast überall etwas verschleppt. In den Variationen der Symphonie fehlte es an der Souveränität der Ausführung. Als Solist sagte der Cellist Stefan sich mit dem Vortrag von Hoffmanns Violinsonate hinsichtlich gut in die Vortragssphäre ein und erzielte mit freudvoller Zuneigung und feiner Differenzierung einen großen Erfolg.

Die neuen Lehrgänge der sozialen Frauenschule begannen am 30. April. Da die Kosten der Lehrveranstaltungen bei den letzten Jahren beträchtlich für unzureichende Zahlungen sind, unzureichend ist, so werden sich die Schule mit diesem Anlauf an solche Zahlungen, die bereit und inländische sind, die Vereinsmitglieder von Frauen zu fördern, indem sie Unterrichtsgegenstände schaffen. Die Schule hat einen Mittagslokal für ihre Schülerinnen eingerichtet; gewünscht wird daher nur ein Zimmer mit Frühstück, einer Abendmahlzeit oder noch lieber nur Souperabend. Volle Pension wird nicht beantragt, da die Schülerinnen durch eine sehr intensive Arbeit, auch in der sozialen Praxis, oft den ganzen Tag vom Hause fern sind und sich an keine feste Essensordnung binden können. — Meldungen nimmt entgegen die Geschäftsstelle, Moorweidenstraße 24.

Kleine Notizen. Die in weiten Kreisen Hamburg geschätzte Geographin und Pädagogin Frau Johanna Schröder ist am 15. März ihren 60. Geburtstag feiernd. Unvergessen ist, insbesondere die Arbeit, die sie in der Zeit der Kriegsjahre geleistet hat, um die Unterrichtsgegenstände zu schaffen, die in der Zeit der Kriegsjahre geleistet hat, um die Unterrichtsgegenstände zu schaffen, die in der Zeit der Kriegsjahre geleistet hat, um die Unterrichtsgegenstände zu schaffen.